
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 12.06.2024

Sitzungsbeginn: 16:37 Uhr
Sitzungsende: 19:03 Uhr
Sitzungsort: Kunsthalle Dessau, Hobuschgasse 5, 06844 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport Ralf Schönemann eröffnet die Sitzung um 16:37 Uhr und stellt die form- und fristgerechte Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 7 Mitglieder des Ausschusses anwesend.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Fackiner betritt die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport 16:40 Uhr, ab diesem Zeitpunkt sind 8 Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport **Ralf Schönemann** zeigt zunächst eine Änderung des Tagesordnungspunktes 7.2 „Festlegung des künftigen Standortes für einen Museumsneubau“ an. Bisher war in der zu behandelnden Vorlage Stadträtin Rita Bahn-Kunze als Miteinreicherin aufgeführt. Sie wird als Miteinreicherin gestrichen.

Auf Rückfrage von **Herrn Dreibrodt** stellt **Herr Schönemann** klar, dass es sich bei der zu behandelnden Vorlage von vorneherein nicht um eine Einreichung der Fraktion die Linke, sondern um eine Einreichung einzelner Personen handelt. Dass die Vorlage zunächst als Einreichung der Linken gekennzeichnet wurde, war ein Fehler bei der Eingabe der Daten.

Herr Hartmann bittet die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 zur Beschlussfassung vorzuziehen, da er auf Grund dringender beruflicher Verpflichtungen lediglich bis 17.30 Uhr an der Sitzung teilnehmen kann. Die Tagesordnungspunkte sollen vor

dem Punkt 6 „Öffentliche Anfragen und Informationen“ behandelt werden. Der Ausschuss verständigt sich, dass das Vorziehen der nichtöffentlichen Beschlussfassung im Tagesordnungspunkt 8.1 nicht möglich ist, hiermit ist Herr Hartmann einverstanden.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

Die Tagesordnung wird geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.04.2024

Den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Sport wurde zu Beginn der Sitzung ein Schriftstück ausgereicht. Das Amt für Kultur bittet um die Genehmigung einer Ergänzung in der Niederschrift vom 23.04.2024.

Die Leiterin des Amtes für Kultur **Frau Willing-Stritzke** weist darauf hin, dass nach Rücksprache mit Frau Dr. Backhaus (Leiterin Dessauer Museen) in der Niederschrift zur Präsentation der Konzepte zum Neuen Museum (TOP 6.3.1 des Ausschusses für Kultur und Sport vom 23.04.2024) folgender Satz ergänzt werden soll und verliert das ausgereichte Schriftstück:

Die Erstellung der vorgestellten Konzepte für das zukünftige Museum von Dessau-Roßlau (Grobkonzept Ausstellung und Leitlinien Vermittlung, Nutzungs- und Betriebskonzept, Standortklärung) wurde zu 50 % durch die Kulturförderung des Landes Sachsen-Anhalt finanziert.

Die Niederschrift vom 23.04.2024 wird geändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 23. April 2024 wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Sport **eröffnet die Einwohnerfragestunde 16:44 Uhr**. Es lagen keine schriftlich gestellten oder vorge-tragenen Einwohnerfragen vor. Herr Schönemann **schließt die Einwohnerfrage-stunde 16:44 Uhr**.

6 Beschlussfassungen

Aufgrund des Beschlusses der geänderten Tagesordnung zu Beginn der Sitzung wurden die Beschlussfassungen (bisher TOP 7) vorgezogen und der bisherige TOP 6 „Öffentliche Anfragen und Informationen“ mit allen zugehörigen Unterpunkten nach hinten geschoben.

6.1 Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 - Durchführungsbeschluss Vorlage: BV/100/2024/III

Der **Oberbürgermeister Dr. Robert Reck** führt in die Beschlussvorlage ein.

Er weist auf die Änderungen der Vorlage in den vergangenen Ausschüssen hin. Die Verwaltung hatte den Vorschlag unterbreitet, ab 2024 Rücklagen zu bilden und aus dem gegebenen Haushaltsplan heraus für den Fünf-Jahres-Zeitraum auch einen Deckungsvorschlag erarbeitet. Der Alternativvorschlag der Rücklagenbildung ab 2025 wurde den anderen Ausschüssen vorgestellt und dort auch bestätigt.

Ab 2025 plant die Stadt im Ergebnishaushalt 3 Millionen Euro für die Durchführung und 7,5 Millionen Euro im Investitionshaushalt ein. Die im Investitionshaushalt einge-stellten Mittel werden als Eigenmittel zum Teil für konkrete Maßnahmen hinterlegt, wie beispielsweise die Mühleninsel, die bereits im Haushalt abgebildet ist.

Herr Dr. Reck weist auf den großen in der Machbarkeitsstudie ausgewiesenen Raum hin, in dem die Bundesgartenschau durchgeführt werden könnte. Die Verpflichtung mit Unterschreiben des Durchführungsvertrages besteht in der Gestaltung von min-destens 40 Hektar Fläche. Die Machbarkeitsstudie weist eine Fläche von 120 Hektar aus, sodass im Prozess entschieden werden kann, welche Flächen zu den ver-pflichtenden 40 Hektar hinzukommen.

Weiterhin weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass das Land Sachsen-Anhalt durch einen Kabinettsbeschluss die Unterstützung bekundet hat. Inzwischen liegt ein Ministerschreiben des Ministers Schulze vor, dass bestätigt, dass das Land Sach-

sen-Anhalt die Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen der Landes-, Bundes- und europäischen Förderprogramme unterstützen möchte und zugunsten der BUGA in Dessau-Roßlau drei Landesgartenschauen nicht durchgeführt werden sollen.

Die Förderungen durch das Land würden für konkrete Projekte ausgereicht werden. Sollte der Beschluss gefasst werden, werden die weiteren Schritte eingeleitet. Neben den bereits im Haushalt abgebildeten Investitionsmaßnahmen kommen weitere hinzu. Weiterhin wird die Gründung der Bundesgartenschau-Gesellschaft erfolgen.

Mit der Beschlussfassung entstehen Verpflichtungen wie die Lizenzzahlungen.

Mit Einhergehen der Verpflichtungen entstehen beim Ausstieg Vertragsstrafen.

Der Oberbürgermeister bittet den Ausschuss um Fassung des Beschlusses.

Die anwesenden Ausschussmitglieder äußern sich zum vorliegenden Beschluss.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport, **Herr Schönemann**, weist auf die kontroverse Diskussion zur Thematik der finanziellen Tragbarkeit im Haupt- und Personalausschuss hin. Er merkt an, dass auf Grund der Haushaltslage einige Mitglieder des Hauptausschusses das Projekt BUGA als solches in Frage stellen. Er weist auf die Möglichkeit hin, im Rahmen der BUGA Projekte durchzuführen, um vielleicht auch in den Quartieren eine Lebensqualität zu schaffen, die sonst nicht zu kompensieren wären. Konkret fragt Herr Schönemann an, ob um die Bevölkerung in den Prozess einzubeziehen, eine Bürgerumfrage denkbar wäre. Weiterhin erfragt Herr Schönemann, ob der Tierpark Teil der BUGA werden kann.

Herr Hartmann weist darauf hin, dass er ein großer Befürworter der BUGA ist. Er ist durchaus der Meinung, dass man das Projekt mit Bürgern initiieren sollte, Anfänge wurden hier bereits gemacht, beispielsweise ein Stadtpaziergang oder eine Radtour. Er weist in Bezug auf die Beschlussvorlage darauf hin, dass im Rahmen der Erstellung des Tourismuskonzeptes und des Stadtentwicklungskonzeptes, die die nächsten 10 Jahre abbilden werden, die BUGA ein wesentliches Schlüsselement ist. Er weist gleichwohl auf die Probleme der Stadt hin, die ohnehin „angefasst“ werden müssen und Teil der BUGA-Maßnahmen sein könnten, wie beispielsweise der Tierpark, verschiedene Straßen oder auch sanierungsbedürftige Liegenschaften. Herr Hartmann erläutert, dass bei einer Einwerbung von 75 % Fördermitteln, die für die BUGA möglich sind, die restlichen zu erbringenden 25 % Eigenmittel schaffbar sind. Abschließend weist Herr Hartmann darauf hin, dass er sich für den Beschluss im alten Stadtrat ausspricht.

Herr Picek lobt die Initiative und die zusätzlichen Aktionen der Wirtschaftsjuvenen und des Wirtschafts- und Industrieclubs, die eine positive Außenwirkung auf die Bürger haben und die Nachhaltigkeit und Wichtigkeit dieser BUGA unterstreichen. Zu den finanziellen Aspekten hatte sich Herr Stadtrat Picek bereits im Haupt- und Personalausschuss geäußert, schließt sich aber seinem Vorredner Herrn Stadtrat Hartmann an. Herr Picek weist auf das anstehende Bauhausjubiläum 2025 hin und auf das „unrunde“ Jubiläum 2035, aus dem trotzdem positive Synergieeffekte entstehen könnten.

Herr Stadtrat Dreibrodt trägt seinen Redebeitrag aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität vor. Er weist auf das Entsetzen hin, dass die „Streichliste“ des Oberbürgermeisters zu Gunsten der BUGA auslöste, beispielsweise die Streichung der Mittel für die erfolgreiche Marketing-Gesellschaft oder die Schließung der Tourist-Info im Stadtteil Roßlau. Herr Dreibrod merkt an, dass der Haushalt 2024 mit einem Defizit von 13 Millionen Euro nur unter der Auflage einer drastischen Konsolidierung im nächsten Jahr bewilligt wurde. Er weist auf die Verantwortungslosigkeit hin, die die Ignoranz dieser Fakten und der Beschluss mit sich bringen würde, mit dem sich der nächste und der übernächste Stadtrat „schwer herumplagen“ müsste. Herr Dreibrod verweist auf die fehlenden konkreten Zuwendungszusagen, bisher gäbe es nur „nebulöse Unterstützungserklärungen“. Er bezeichnet die BUGA als ein Hochrisikounternehmen und erklärt, dass aus seiner Sicht aus der aktuellen 40-prozentigen Haushaltssperre im nächsten Jahr eine höherprozentige oder gar totale Sperre wird und das für die nächsten Jahre. Seiner Ansicht nach wird sich der finanzielle Handlungsspielraum der Stadträte immer weiter minimieren, wovor man sich bewahren sollte. Seiner Auffassung nach will die Mehrzahl der Dessau-Roßlauer so eine BUGA nicht, sondern Lösungen für die ihren Alltag betreffenden Probleme. Hierfür führt Herr Dreibrod beispielhaft den Zustand der Straßen, Fuß- und Radwege in der Stadt auf, besonders in den Vororten. Abschließend kritisiert er die Argumente der BUGA-Befürworter und spricht sich gegen den Beschluss aus.

Herr Stadtrat Herbst wird der Beschlussvorlage zustimmen, weist aber darauf hin, dass er sich viele Gedanken über die Problematik gemacht hat und sich gefragt hat, ob die BUGA für die Stadt schaffbar ist. Er hat abgewogen in der Hoffnung, dass viele notwendige Projekte in der Stadt wie Radwege oder der Anschluss der Dessau Wörlitzer Eisenbahn in Waldersee im Rahmen der BUGA realisiert werden, so dass die Mehrheit der Dessauer, die laut Stadtrat Dreibrod die BUGA ablehnen, überzeugt werden können. Er spricht sich positiv für den Vorschlag von Stadtrat Schöne mann aus, den Tierpark als Teil der BUGA zu denken und beispielsweise den maroden Lokschruppen als Bauhof zur Nachnutzung an den Tierpark zu übereignen. Seiner Auffassung nach sollen im Rahmen der Machbarkeitsstudie Konzepte entwickelt werden, die umsetzbar sind und für die Bevölkerung vor Ort einen positiven nachhaltigen Effekt haben, nicht nur für die BUGA-Touristen. Als positives Beispiel weist Herr Herbst auf die BUGA in Koblenz hin, die diese Nachhaltigkeit in der Stadt geschaffen hat.

Frau Bahn-Kunze kritisiert, dass die Bürger beim Prozess nicht mitgenommen wurden. Sie selbst hat an den Führungen teilgenommen und hat eine Offenheit vermisst. Positiv merkt sie an, dass die Zusagen für Mittel von Herrn Minister Schulze vorliegen. Frau Bahn-Kunze weist abschließend darauf hin, dass sie mit ihrer Zustimmung zum Beschluss etwas für die Nachwelt tut. Weiterhin merkt sie an, dass sie den Tierpark als Teil der BUGA sehr befürwortet.

Frau Dammann sieht in dem Projekt die größte Chance, die Stadt zu verschönern. Sie merkt an, dass die Stadt aus der BUGA „etwas mitnimmt“ und auch etwas in der

Stadt „verbleibt“, wie auch schon bei vergangenen BUGAs und LAGAs in anderen Städten, die hier als positives Beispiel anzuführen sind. Sie verweist auf die Einmaligkeit der Chance, die nicht wiederkommt und spricht sich trotz finanzieller Bedenken für den Beschluss aus.

Herr Fackiner merkt an, dass auf Grund der zahlreichen Diskussionen sein Eindruck bestätigt ist, dass ein „gemeinsamer BUGA-Begriff“ erst noch erarbeitet werden muss. Er weist darauf hin, dass die BUGA seiner Meinung nach keineswegs ein touristisches Projekt ist, sie hat mit Sicherheit touristische Wirkung, diese ist aber für die Finanzierbarkeit auch notwendig.

Die Strategie sollte sein, dem Hauptproblem der Stadt, der Bevölkerungsentwicklung entgegenzuwirken, Arbeitskräfte anzuziehen und ein attraktives Lebensumfeld für die Bürger zu gestalten. Die allgemeine Entwicklung geht weg von den Metropolen, aber nicht hin zu Dessau. Die Stadt jedoch ist ein attraktiver Standort, was nicht allen in Dessau-Roßlau arbeitenden Menschen bewusst ist. Die BUGA-Strategie hat seiner Auffassung nach viel Potenzial. Ein Abbruch des Prozesses wäre fatal. Herr Fackiner spricht sich für den Beschluss aus.

Herr Schönemann fragt noch einmal, ob ein Bürgerentscheid denkbar und zeitlich umsetzbar wäre und sinnvoll. Weiterhin merkt er an, dass in der Verwaltung selbst auf Grund der angespannten Haushaltslage unter den Mitarbeitern eine große Skepsis zum Thema BUGA herrscht und fragt, wie man hier die Mitarbeiter, die letztendlich „etwas aus dem Beschluss machen müssen“ mitnehmen kann.

Abschließend weist Herr Schönemann auf die Integration der Vororte in das Vorhaben hin, er geht hierbei auf das Beispiel von Herrn Herbst ein, in Waldersee einen Haltepunkt für die Dessau Wörlitzer Eisenbahn zu schaffen. Er weist auf die Möglichkeit hin, durch die Schaffung von Korrespondenzstandorten in den Vororten einem Gefühl des „Zurückgesetzt Werdens“ der Vororte entgegenzuwirken.

Herr Picek stimmt zu, dass die Bürger in Gänze abgeholt werden müssen, spricht sich zum jetzigen Zeitpunkt aber gegen den von Herrn Schönemann vorgeschlagenen Bürgerentscheid aus. In den Jahren bis zur BUGA sollten alle verfügbaren Mittel genutzt werden, um für das Projekt zu werben. Nichtsdestotrotz sollte jetzt der Durchführungsvertrag geschlossen und die Grundstruktur geschaffen werden, um die Weichen zu stellen. Wenn dann Klarheit herrscht, wie die BUGA umgesetzt werden kann und welche Projekte Teil dieser werden können, wie z.B. der Tierpark oder möglicherweise neue, noch nicht in Betracht gezogene Maßnahmen, dann kann entschieden werden, in welcher Intensität die Bürger einbezogen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt von einem Bürgerentscheid zu sprechen, hält Herr Picek für zu verfrüht.

Herr Schönemann weist darauf hin, dass die Entscheidung verbindlich ist und haftungsrechtliche Aspekte mit sich bringt. Er hält es für wichtig, dass eine Vielzahl der Bürger für die BUGA ist und erfragt die generelle Möglichkeit des Bürgerentscheids.

Herr Dreibrodt spricht sich erneut gegen die BUGA aus. Nach seiner Auffassung können die Bürger die Tragweite der Entscheidung nicht vollumfänglich überblicken.

Frau Bahn-Kunze ist der Auffassung, ein Bürgerentscheid dauert zu lange. Sie sieht die Stadträte in der Pflicht, die Entscheidung zu treffen, aber auch für die BUGA zu werben und die Bürger mitzunehmen.

Nach erneuter Kritik von **Herrn Dreibrodt** auch am Vorgehen der Stadträte erst Fakten zu schaffen und dann mit den Bürgern zu reden, bittet **Herr Schönemann** den folgenden Satz ins Protokoll aufzunehmen:

„Die Geringschätzung, Verletzung und Beleidigung, die Herr Dreibrodt in seinem Redebeiträgen hier abhält, finden meinen ausdrücklichen Widerspruch. Und ich denke, man kann über eine Sache diskutieren, deshalb muss man sich nicht gegenseitig beleidigen.“

Herr Picek möchte die Vorwürfe des Stadtrates Dreibrodt, er hätte „panische Angst“ vor einem Bürgerentscheid richtigstellen. Er ist derselben Auffassung, wie Frau Bahn-Kunze. Ein Bürgerentscheid zum jetzigen Zeitpunkt würde das ganze Vorhaben nur unnötig verzögern. Die Bewerbung zur BUGA fand vor einem Jahr statt, es wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, diese wurde ans Land herangezogen. Der Stadtrat ist Vertreter der Bürger, nach einem Jahr soll die Entscheidung für die BUGA nun getroffen werden, damit man im Prozess weiterkommt.

Der Vorsitzende des Ausschusses **Herr Schönemann** weist Herrn Dreibrodt darauf hin, dass seine Wortmeldung der letzte Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt ist.

Herr Dreibrodt möchte im Protokoll festgehalten haben, dass das, was Herr Schönemann hier boykottiert, aus seiner Sicht Unfug ist und überhaupt keine Beleidigung. Das ist Klartext und dazu hat jeder das Recht.

Die Stadträte tauschten über einen längeren Zeitraum ihre unterschiedlichen Positionen aus.

Herr Dr. Reck weist abschließend darauf hin, dass der Tierpark bereits Teil der BUGA-Machbarkeitsstudie ist, jetzt Strukturen geschaffen und hierbei die Mitarbeiter mitgenommen werden, auch wird mehr Personal eingestellt. Nach der Gründung der BUGA-Gesellschaft wird der Prozess fortgesetzt und in diesem Rahmen kann auch die Einbindung von Vororten in das Konzept eingebunden werden können.

Die Vorlage wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 / 1 / 0

**6.2 Festlegung des künftigen Standortes für einen Museumsneubau
Vorlage: FV/012/2024/StR**

Herr Schönemann leitet in die Vorlage der Stadträte ein. Es wird darauf hingewiesen, dass Frau Bahn-Kunze als Einreicherin aus der Vorlage gestrichen wird. Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport lobt die beeindruckende Vorstellung der Konzepte durch Frau Dr. Backhaus in den vergangenen Ausschüssen. Herr Schönemann weist auf die Notwendigkeit des Beschlusses hin, der nicht vorgreift, da die Finanzierung in einem gesonderten Beschluss gefasst wird. Im Rahmen der vorliegenden Beschlussfassung soll lediglich die Standortentscheidung für den Johannbau getroffen werden.

Herr Dreibrodt ist der Auffassung, dass die Mehrheit der Stadträte nicht hinter dem Johannbau als Standort steht. Weiterhin merkt er an, dass für ihn keine Notwendigkeit für diesen Beschluss besteht und die Standorte seiner Meinung nach nicht sauber untersucht wurden. Er weist auf das Kuratorium hin, dass der Auffassung ist, große Projekte wie den Museumscampus auf Eis zu legen, um weiterhin handlungsfähig zu sein. Das Thema Museumscampus ist im Rahmen einer Umsetzung der BUGA möglicherweise für Jahrzehnte auf dem Abstellgleis, daher betont er noch einmal, dass die Entscheidung nicht notwendig ist.

Herr Schönemann weist auf die Notwendigkeit der Entscheidung hin, um in der Konzeptentwicklung voran zu kommen und weist darauf hin, dass der Museumscampus, zumindest was die Außenanlagen betrifft, möglicherweise Teil der BUGA werden kann.

Herr Hartmann spricht sich bewusst für den Johannbau als Standort aus. Das Thema wird seit 2007 im Stadtrat diskutiert, jetzt ist der Zeitpunkt für eine Entscheidung, ohne die alle weiteren Konzepte stagnieren würden. Er hält den Johannbau für das geschichtliche Zentrum der Stadt, dessen museale Nutzung außer Frage steht. Das Gebäude ist der ideale Standort, an dem authentisch die Geschichte der Stadt erzählt werden kann.

Herr Picek weist auf die fortgeschrittene Konzeption hin. Er widerspricht Herrn Stadtrat Dreibrodt, dass auf Grund der Konsolidierung die Projekte der nächsten Jahre auf Eis gelegt werden müssen. Vielmehr spricht er sich für die Entscheidung für große Investitionen für die Zukunft aus, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Die Finanzierungsplanung und Realisierungskosten müssen erst ermittelt werden, diese Kalkulation muss mit einem Standort erfolgen. Die anderen Optionen Dessau Center und Schade-Brauerei sind weder im Eigentum der Stadt, noch sind die Entwicklungen bekannt. Er stimmt wie Herr Hartmann dem Standort zu.

Herr Herbst merkt an, dass er dem Beschluss für den Standort nicht zustimmt, da er die Entscheidung dem neuen Stadtrat und Ausschuss für Kultur und Sport überlassen möchte.

Auch **Herr Fackiner** wird der Vorlage nicht zustimmen, da er der Meinung ist, das Museumskonzept ist wünschenswert, wenn es Teil der Stadtentwicklung wird. Seiner Auffassung nach müssen die Projekte der nächsten Zeit verzahnter gedacht werden. Denkbar wäre seiner Meinung nach, ein Modul des Konzeptes an einen nach dem BUGA nachnutzbaren Standort umzusetzen und mit weiteren Modulen der Stadt am Veranstaltungsort zu agieren. Er findet den Beschluss für einen „geschlossenen Kulturhaus-Ansatz“ zu verfrüht.

Frau Dammann spricht sich für die Entscheidung für den Standort Johannbau aus.

Frau Bahn-Kunze verweist auf den letzten Satz des Konzeptes der Firma METRUM hin, gemäß dem der Standort Johannbau favorisiert wird. Sie schließt sich dieser Entscheidung an.

Herr Stadtrat Hartmann verlässt die Sitzung 17.38 Uhr. Ab diesem Zeitpunkt sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Die Vorlage wird geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5 / 3 / 0

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Informationen zur Zukunft der Einrichtung JKS "Villa Krötenhof"

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport **Herr Schönemann** bittet den Oberbürgermeister Dr. Reck um Information zum Tagesordnungspunkt.

Herr Dr. Reck informiert, dass die JKS „Villa Krötenhof“ als soziokulturelles Zentrum Teil des Bürger-Bildung-Freizeitzentrums ist. Nach derzeitigem Stand gibt es keine Pläne, den Standort „Villa Krötenhof“ aufzugeben. Sollten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Diskussionen stattfinden, wird der Ausschuss darüber informiert.

Herr Schönemann erfragt die Gerüchte, dass der Standort veräußert werden soll.

Die Vertretung entscheidet über Veräußerungen. **Dr. Reck** ist hierzu nichts bekannt.

Herr Schönemann erläutert die Schwierigkeit der Umsetzung der Aufgaben der JKS „Villa Krötenhof“ an anderen Standorten und weist auf die Umstrukturierungen hin. Er erfragt noch einmal, ob die Zukunft des Krötenhofes gesichert ist.

Der Oberbürgermeister weist den Ausschussvorsitzenden darauf hin, dass die Aufgabe der Stadt Dessau-Roßlau die Erstellung eines konsolidierten Haushalts ist und die Entscheidung schlussendlich bei der Vertretung liegt. Er betont aber noch einmal, dass die Mittel für die JKS „Villa Krötenhof“ mittelfristig im Haushalt angemeldet sind und es keine Beschlusslage gibt, den „Krötenhof“ aufzugeben.

Im Rahmen der Umstrukturierung werden ein Teil der Mitarbeiter dem Kulturamt zugeordnet, die restlichen Mitarbeiter, die im Krötenhof verbleiben, sind dem Bürger-Bildungs-Freizeitzentrum und somit der Volkshochschule zugeordnet.

7.2 Informationen und Perspektiven des AKV und der brau.ART

Der Verein führt zur Präsentation seiner Arbeit einen kurzen Einführungsfilm über die vergangene Ausstellung vor. **Frau Hacke** vom Verein brau.ART e.V. stellt den Verein kurz vor. Der Verein existiert seit 2013, bereits seit 2009 fanden erste Ausstellungen in der alten Brauerei statt. Im letzten Jahr wurde mit nur 19 Vereinsmitgliedern eine Ausstellung mit 30 Künstlern und 2.000 Besuchern in zwei Wochen auf die Beine gestellt. Im September 2024 wird die 15. brau.ART stattfinden.

Der Verein bietet neben den Ausstellungen ein reichhaltiges Programm mit verschiedenen Veranstaltungen wie Live-Musik, Lesungen, Führungen und Projekte mit Schülern und dem Behindertenverband. Es werden im Rahmen der brau.ART Künstler aus den Partnerstädten ausgestellt und auch in den Partnerstädten finden Ausstellungen statt.

Der Eintritt ist für Besucher kostenlos, die brau.ART finanziert sich aus Spenden, Beiträgen der Künstler und der Zuwendung der Stadt. Die Ausstellung hat eine überregionale Strahlkraft.

Der Verein bittet die Stadt um Unterstützung in den Punkten „Kunst braucht Raum“ und „Kunst braucht Öffentlichkeit“. Der Verein bittet weiterhin um die finanzielle Unterstützung der Stadt im Rahmen der bewilligten Zuwendungen. Frau Hacke weist auf den Aufwand hin, der jährlich betrieben wird, um den Ausstellungsort zu sichern durch Aufstellung von Bauzäunen und Durchgängen. Jährlich betragen die Kosten hierfür 800 Euro und der Aufbau wird durch Vereinsmitglieder geleistet. Der Verein bittet um Unterstützung bei der Sicherung des Ortes auf Grund der unsicheren Verhältnisse, beispielsweise durch eine Sicherungsmaßnahme mit Bauzäunen. Weiterhin bittet der Verein um Verhandlung mit den künftigen Nutzern.

Um die Werbung zu unterstützen, bittet der Verein um Installation von Plakaten in städtischen Gebäuden, Werbung im Amtsblatt und erfragt die Möglichkeit des Versandes der Einladungen an Schulen über den Verteiler der Stadt, um die Kosten für Porto zu minimieren.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich beim Verein für die Vorstellung und erfragt inwieweit die Möglichkeit der Sicherung der Ausstellungsräume besteht.

Die Leiterin des Amtes für Kultur **Frau Willing-Stritzke** weist auf die momentane Eigentümersituation hin, erklärt aber, dass zu gegebener Zeit das Gespräch gesucht wird.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

7.3.1 Sachstandsinformation Betriebskostenzuschüsse für Sportvereine

Der Leiter des Referates für Sportförderung **Herr Wessel** informiert, dass die Betriebskostenzuschüsse zu 100 % ausgezahlt werden. Es wurden 30 Anträge gestellt, diese werden alle berücksichtigt. Die Auszahlung ist für Mitte Juli vorgesehen.

Herr Schönemann erfragt, ob die Betriebskostenproblematik zu Existenzproblemen in den Vereinen führt, dies wird durch **Herrn Wessel** verneint.

7.3.2 Ausblick Sportentwicklungskonzept

Herr Schönemann bittet mit Nachdruck, das Sportentwicklungskonzept in der nächsten Legislatur zu behandeln. Er bittet um Impulse aus den Fraktionen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sport schlägt vor, ein Konzept durch Umfragen und Einbeziehen des Stadtsportbundes innerstädtisch zu erstellen.

Der Oberbürgermeister appelliert für die Erstellung des Konzeptes durch einen Experten. Die A

Dessau-Roßlau, 09.09.24

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Kultur und Sport

Schritfführer